

# Der sozialistische Kämpfer

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nummer 7/8

Juli/August 1990

5 Schilling

## Freiheitskämpfer für Franz Vranitzky

**Am 7. Oktober 1990 sind die Österreicherinnen und Österreicher aufgerufen, den Nationalrat neu zu wählen. Es werden dann fast genau vier Jahre her sein, daß die FPÖ auf einem Parteitag in Innsbruck Dr. Jörg Haider zum neuen Parteibobmann gewählt hat. Das war für Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky der Anlaß, die Koalition der SPÖ mit der FPÖ zu beenden und Neuwahlen ausschreiben zu lassen. In der Folge des Wahlergebnisses kam es zur Bildung einer von der SPÖ geführten Koalition mit der ÖVP. Im Parlament sind seit 1986 erstmals seit langer Zeit wieder vier Parteien vertreten. Am 7. Oktober geht es darum, daß Dr. Franz Vranitzky, der Vorsitzende der SPÖ, weiter Bundeskanzler bleibt.**

Die Sozialistischen Freiheitskämpfer treten mit aller Kraft dafür ein, daß die SPÖ weiterhin die führende politische Partei im Lande bleibt und mit Dr. Franz Vranitzky den Bundeskanzler stellt. Dr. Franz Vranitzky ist ein Politiker, der Vertrauen weit über den Rahmen der SPÖ hinaus genießt. Er ist ein Wirtschaftsfachmann mit Verständnis für die Bedürfnisse des Umweltschutzes, er war ein sehr gut verdienender Bankmanager, aber er hat sich seine soziale Gesinnung bewahrt. Nicht zuletzt ist er ein anständiger Mensch, was man in der heutigen Zeit leider nicht von jedem Politiker behaupten kann, nicht einmal von jedem SPÖ-Politiker, wie wir schmerzlicherweise feststellen mußten. Franz Vranitzky kommt aus einer Arbeiterfamilie, er hat sich mit Fleiß und Sachverstand emporgearbeitet und wohl auch das Glück genützt, das ihm hold war. Als Finanzminister und, seit 1986, als Bundeskanzler hat er gezeigt, daß die Menschen sich auf ihn verlassen können, daß er mit ruhiger Hand und hohem Verantwortungsbewußtsein die Geschicke der Republik lenkt. Franz Vranitzky ist der beste Bundeskanzler auch für die vor uns liegenden Jahre.

Das alles würde als Erklärung schon ausreichen, warum die Sozialistischen Freiheitskämpfer sich für Franz Vranitzky und die SPÖ einsetzen. Für uns kommt aber noch dazu, daß Vranitzky in Fragen des Neofaschismus, des Rassismus und der Ausländerfeindlichkeit stets eine untadelige Haltung eingenommen hat. Diese Haltung war dafür ausschlaggebend, daß Vranitzky im Herbst 1986 die Koalition der SPÖ mit der FPÖ aufgekündigt hat. Die Töne, die vom Innsbruck-

ker Parteitag der FPÖ zu hören waren, ließen erkennen, daß die Wahl Jörg Haider zum Parteibobmann eine Wende nach rechts bedeutete. Das Kärntner Grenzlandjahrbuch der FPÖ mit seinen braunen Rülpsern und Haider's Wort von Österreich als „ideologische Mißgeburt“ waren dann nur zwei von vielen Beweisen für die Wende der FPÖ. Und Franz Vranitzky stellte unmißverständlich fest, daß es eine Koalition der SPÖ mit der Haider-FPÖ nicht geben kann. Diese klare Haltung entspricht voll und ganz den Forderungen der Sozialistischen Freiheitskämpfer.

Heute gilt freilich auch, wenn man die Meinungsumfragen und gewisse Äußerungen aus der ÖVP, vor allem aber die Wahl Haider's zum Kärntner Landeshauptmann im Jahr 1989 richtig interpretiert, zu verhindern, daß das „Kärntner Modell“ auf Bundesebene wiederholt wird. An den Wählerinnen und Wählern wird es liegen, am 7. Oktober mit ihrer Entscheidung zu verhindern, daß ÖVP und FPÖ zusammengehen, um einen sozialistischen Bundeskanzler zu verhindern. Es wäre für Österreich kein guter Dienst, würde man der schweren Belastung, die Bundespräsident Waldheim für unser Land bedeutet, noch die Last einer bürgerlichen Regierung mit einem Bundeskanzler Riegler und einem Vizekanzler Haider hinzufügen. Waldheim in der Hofburg ist für Österreich Belastung genug, eine rechtskonservative Regierung wäre eine zusätzliche Belastung. Wir müssen daher den Menschen sagen: Franz Vranitzky muß Bundeskanzler bleiben, damit Österreich vier guten Jahren entgehen kann.



Franz Vranitzky am 12. Februar 1989 bei einer Koloman-Wallisch-Gedenkkundgebung in Bruck an der Mur (Foto: Hans Waschek)

Die letzten Jahre waren für die SPÖ nicht leicht. Bis in die jüngste Vergangenheit sind Dinge passiert, die viele Genossinnen und Genossen nicht verstehen können. Franz Vranitzky hat mit seinem Vierpunkteprogramm eindeutige Konsequenzen gezogen, die zeigen, daß die SPÖ in ihrem Kern gesund ist. Die große Mehrheit ihrer Vertrauenspersonen ist in jeder Hinsicht unanfechtbar, darüber können auch von den Medien noch so aufgebauchte Skandalgeschichten nicht hinwegtäuschen. Und die SPÖ hat neben Franz Vranitzky auch ein mit Sorgfalt erarbeitetes Programm für die Zukunft. Sagen wir also den Menschen, daß sie weiterhin Franz Vranitzky und der SPÖ vertrauen können. Daher:

**Am 7. Oktober für Franz Vranitzky und die SPÖ!**

# Erfolg: Keine Neonazikandidatur in Wien

Einen Erfolg erzielten die Antifaschisten bei der Wiener Kreiswahlbehörde. Nach heftigen Protesten gegen die Kandidatur einer Liste „Nein zur Ausländerflut“, die auch von den Sozialistischen Freiheitskämpfern kamen, faßte die Wiener Kreiswahlbehörde am 12. September den einstimmigen Beschluß, daß diese Liste nicht zur Nationalratswahl am 7. Oktober zugelassen wird. Für die Sozialistischen Freiheitskämpfer hatten Vorsitzende Rosa Jochmann sowie die Vorsitzenden-Stellvertreter Leo Mistingger und Erna Musik im Innenministerium gegen die Kandidatur rechtsstehender Gruppen, wie die Liste „Nein zur Ausländerflut“, energisch protestiert. Ähnliche Proteste übermittelten die Alt-SAJ in der SPÖ und die Lagergemeinschaft Ravensbrück an das Innenministerium.

Der Vorsitzende der Kreiswahlbehörde Wiens, SPÖ-Stadtrat Dr. Hannes Swoboda, begründete den Beschluß damit, daß man zur Rechtsansicht gekommen sei, daß ein Verstoß gegen das NS-Verbotsgesetz gegeben ist. Swoboda verwies dabei insbesondere auf ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes

von 1988. Die Entscheidung gegen die Kandidatur der Liste „Nein zur Ausländerflut“ sei nach Kontakten mit dem Bundeskanzleramt und dem Innenministerium zustande gekommen.

Die Liste „Nein zur Ausländerflut“ wird von satzsaam bekannten Neonazis getragen. Zu ihnen gehören Dr. Herbert Fritz, Gründungsmitglied der „Nationaldemokratischen Partei“ (NDP) und Mitinitiator der Liste „Ein Herz für Inländer“ (Flugblatt der Gruppe „Ein Herz für Inländer“ vom Juni 1990: „Nein zur Ausländerflut! Kämpfen Sie mit uns für die Erhaltung unserer tausendjährigen Kultur.“). Weiters findet man da Dr. Bruno Haas, ehemals Bundesführer der „Aktion Neue Rechte“ (ANR), der 1984 im Wiener Neonaziprozeß zu einer bedingten Haftstrafe von neun Monaten verurteilt wurde. Die Geschworenen bejahten damals die Frage, ob das Grundsatzprogramm der ANR als nationalsozialistische Wiederbetätigung aufzufassen ist. Ein Mitorganisator der Liste „Nein zur Ausländerflut“ ist auch Gerd Honsik, Vorsitzender der „Ausländer-Halt-Bewegung“ und Redakteur der Zeitung

„Halt“. Honsik ist schon in den frühen sechziger Jahren als Bombenwerfer gegen die italienische Botschaft und als Pistolenschütze gegen das Parlament in Wien unangenehm aufgefallen. 1976 wurde er in den Bundesvorstand der NDP gewählt, aber auch zu 15 Monaten Haft verurteilt. Honsik, gegen den ein Verfahren nach dem Verbotsgesetz anhängig ist, und der in München wegen des Buches „Freispruch für Hitler?“ zu einer bedingten Haftstrafe von neun Monaten verurteilt wurde, läßt dieses Buch seit neuesten über ein Postfach im ungarischen Győr nach Österreich versenden.

Zu den Organisatoren der Liste „Nein zur Ausländerflut“ gehört auch die sogenannte „Bürger-Rechts-Bewegung“ mit ihrem Periodikum „Klartext“. Die BRB wurde 1989 nach dem Verbot der NDP von deren ehemaligen Vorsitzenden Norbert Burger und anderen NDP-Mitgliedern gegründet. In einer Beilage zu der BRB-Zeitung „Klartext“, Folge 7/Juli 1990, ruft Helmut Kremser zur Unterstützung und Mitarbeit in der Liste „Nein zur Ausländerflut“ auf. Als Kontaktadresse wurde die Zentrale der BRB, Landstraßer Gürtel 19/3, angegeben. Kremser war Mitglied der NDP und Leiter des NDP-Bundesbüros. Er ist derzeit Büroleiter des ND-Verlages, der die Zeitung „Klartext“ herausgibt und zu 100 Prozent im Eigentum der BRB steht. Vorher war der Verlag im Eigentum der NDP.

Im Juli und August tauchten Aufkleber auf, die mit folgenden Parolen Stimmung für die Liste „Nein zur Ausländerflut“ machten: „Wer vernichtet Volk und Land? ÖVP und Asylant! Nein zur Ausländerflut!“, „Wer vernichtet Volk und Land, SPÖ und Asylant! Nein zur Ausländerflut!“, „Wir schießen auf eine Regierung, die Österreich umbringt. Nein zur Ausländerintegration“.

Nun hat die Wahlbehörde der braunen Neonaziliste die gehörige Antwort gegeben. Die Nichtzulassung der Neonazi zur Nationalratswahl ist ein Erfolg demokratischer Proteste. Auf diesem Weg muß auch in Zukunft weitergegangen werden. Die Demokratie darf sich die Provokationen der Neonazi nicht gefallen lassen.



## Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:

Herbert Exenberger, Ernst Frühauf, Prof. Hugo Pepper, Hans Waschek.

## Die schwache Rückhand

Wäre Justizminister Foregger ein Tennisrack, so könnte man ihn als harten Aufschläger bezeichnen: sein Service kommt so rasch, daß seine Gegenspieler den Ball gar nicht kommen sehen. Eine Anklageerhebung erfahren die Betroffenen aus dem Fernsehen und erst danach durch die Post. Aber vielleicht gilt das nur für die Vorwahlzeit und für sozialistische Politiker. Und nachdem der Aufschlag genau zu Beginn des Intensivwahlkampfes sitzt, piepst die Staatsanwaltschaft, daß der politische Noricum-Prozeß, das Match also, erst im kommenden Jahr gespielt wird.

Soweit das Kommende. Hinsichtlich des Gestrigen, in der Rückhand sozusagen, ist der Herr Minister schwächer: Im November 1989 haben die sozialistischen Abgeordneten Schranz, Ederer und Nedwed wegen strafrechtlicher Schritte gegen den Haider-Gewährsmann Wimmer beim Justizminister nachgefragt. Wimmer, von Haider als „Vater der politischen Erneuerung der FPÖ“ bezeichnet, hatte als Wortführer einer „Lorenzener Kreis“ genannten nationalen Ideologie-Runde im TV-Inlandsreport Töne von sich gegeben, welche den anfragenden Abgeordneten den Eindruck einer „rassistischen und antisemitischen Einstellung“ vermittelt hatten.

Foreggers Rückhand folgte erst, nach nochmaliger Anfrage, am 13. Juli 1990. Der Schlag kam nicht nur spät, er landete auch im Out: Es gäbe keine Hinweise

„auf einen strafrechtlich verpönten Inhalt“. Freilich teilte der Minister die Ansicht, „daß allen Formen einer rassistischen Diskriminierung entgegenzutreten ist“. Dem sei „der Gesetzgeber aber bereits weitestgehend nachgekommen“. Und man sieht auf den ersten Blick, mit welchem Erfolg: Die Staatsanwaltschaft Wien hatte noch am 16. Mai 1990 verlauten lassen, daß Vorerhebungen gegen „Parteierneuerer“ Wimmer beantragt seien und zu prüfen wäre, ob nicht auch gegen den Abgeordneten Dr. Gugerbauer „Verfolgungsschritte“ in „Erwägung zu ziehen“ sein würden. Die Schritte sind jedoch offenbar verhallt. Es wurde erwogen und zu leicht befunden.

Fällt einem zu Foregger der Tennissport ein, so gemahnt sein Ministerkollege Lichal eher an Goethes „Faust“. Mephisto sagt darin: „Ich bin des trocken Tones satt.“ Und Lichal hatte auf eine Anfrage der genannten sozialistischen Abgeordneten wegen antisemitischer Urlaute in einer Bundesheer-Kaserne eine kabarettreife Pointe auf der ministeriellen Zunge: Antisemitelt sei nicht – wie in der Anfrage irrig behauptet – von Bundesheeroffizieren worden, sondern von Unteroffizieren. Das hat offenbar mit militärischer Tradition zu tun: Offiziere lassen sich manchmal vertreten.

Lichal vertritt in der Regierung die ÖVP. Foregger hingegen ist parteilos, wie Bundespräsident Waldheim auch.

HP



# Opferfürsorge: Leistungen seit 1970

**Seit 1970 wurde das Opferfürsorgegesetz durch 22 Bundesgesetze geändert. Durch diese Novelle wurde insbesondere der Anspruch auf Hinterbliebenen- und Unterhaltsrente auf Hinterbliebene nach Opfern mit einer MdE von 60 v. H. ausgedehnt, der anspruchsberechtigte Personenkreis hinsichtlich der Ausstellung von Opferausweisen erweitert, das Opferfürsorgegesetz an die Neuordnung der persönlichen Rechtswirkungen der Ehe angepaßt, eine Haftzulage eingeführt, die Witwer und Lebensgefährten in den Kreis der Versorgungsberechtigten aufgenommen und die Rentenleistungen fortlaufend erhöht.**

Darüber hinaus wurde mit Bundesgesetz vom 23. März 1988, BGBl. Nr. 197/1988, das Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz beschlossen, mit dem aus Anlaß des 50. Jahrestages der Okkupation Österreichs einmalige Ehrengaben und Zuwendungen für Widerstandskämpfer und Opfer der politischen Verfolgung geleistet werden. Bisher wurden von den für Ehrengaben bereitgestellten 50 Millionen Schilling 8650 Personen 31,6 Millionen Schilling angewiesen. Bis zum 31. 7. 1990 wurden 4600 Ansuchen um Gewährung einer Zuwendung aus dem Hilfsfonds eingebracht. Für die bisher 3300 positiv erledigten Anträge wurden 21,5 Millionen Schilling aufgewendet.

Gleichzeitig mit dem Ehrengaben- und Hilfsfondsgesetz trat eine Novelle zum Opferfürsorgegesetz in Kraft, die nunmehr auch jenen Opfern, die mindestens ein Jahr lang in Deutschland oder in von Deutschland besetzten Gebieten interniert waren, einen Anspruch auf Ausstellung einer Amtsbescheinigung und Gewährung einer Unterhaltsrente einräumt.

Inhabern einer Amtsbescheinigung ist – abgesehen von einer Reihe von weiteren Rentenleistungen und Zulagen – durch die Unterhaltsrente ein bestimmtes Mindesteinkommen garantiert. Dieses beträgt für alleinstehende Opfer derzeit S 8.170,-, für verheiratete bzw. in Lebensgemeinschaft lebende Opfer S 10.362,- und für Hinterbliebene S 7.233,-.

Im Bereich des ATF-OF ist neben der Erweiterung von Leistungen auch eine Verbesserung bei der Gewährung von Aushilfen (durch automatische Auszahlung eines zweiten Teilbetrages nach sechs Monaten ohne eine weitere Antragstellung) erfolgt. Während im Jahre 1985 noch 6,5 Millionen Schilling für Aushilfen aufgewendet wurden, betrug die Ausgaben im Jahre 1989 bereits 10,6 Millionen Schilling.

Weiters wurden für die Opfer von Verfolgungsmaßnahmen seit dem Jahre 1970 folgende sozialversicherungsrechtliche Begünstigungen geschaffen:

Im Rahmen der 32. Novelle zum ASVG, BGBl. Nr. 704/1976, wurde die Möglichkeit der Beitragsnachentrichtung auch Personen eröffnet, die nachweislich aus Gründen, auf die der Betreffende keinen Einfluß hatte, erst nach dem 9. 5. 1945 auswandern konnten, wenn

die Auswanderung nicht später als am 31. 12. 1949 erfolgt ist.

Bei der Gestaltung der Begünstigungsbestimmungen war für den Gesetzgeber stets der Grundsatz bestimmend, den Kreis der begünstigten Personen in den sozialversicherungsrechtlichen Verhältnissen so zu stellen, als ob keine Benachteiligung im Versicherungsverlauf eingetreten wäre, was zur Voraussetzung hatte, daß dem Begünstigungstatbestand Beitragszeiten oder Ersatzzeiten vorangehen mußten.

Von diesem Grundgesetz des Vorliegens österreichischer Versicherungszeiten wurde erstmals in der am 1. 1. 1986 wirksam gewordenen 41. Novelle zum ASVG, BGBl. Nr. 111/1986, abgegangen, um besonders gravierende oder berücksichtigungswürdige Einzelfälle zu lösen. Auf Grund dieser Änderung werden nunmehr Zeiten der Haft in einem Konzentrationslager bzw. einer anderen Form der Freiheitsbeschränkung, ferner Zeiten der Arbeitslosigkeit oder der Ausbürgerung begünstigt angerechnet, ohne daß diesen Verfolgungsmaßnahmen Versicherungszeiten vorangehen müssen; einzige Bedingung ist, daß der Betroffene am 12. 3. 1938 seinen Wohnsitz in Österreich hatte.

Als weitere Maßnahme erfuhren die Begünstigungsbestimmungen im Rahmen der am 1. 1. 1988 in Kraft getretenen 44. Novelle zum ASVG, BGBl. Nr. 609/1987, Änderungen und Ergänzungen im Sinne von weiteren Verbesserungen für den betroffenen Personenkreis. Gemäß § 502 Abs. 1 ASVG sind nach den Bestimmungen des § 500 ASVG als verfolgt geltende Personen, die in ihren sozialversicherungsrechtlichen Verhältnissen einen Nachteil erlitten haben bzw. ausgewandert sind und die vorher in der Zeit seit dem 1. Juli 1927 Beitragszeiten (§ 226 ASVG) oder Ersatzzeiten (§§ 228 oder 229 ASVG) zurückgelegt haben, zu begünstigen. Der im § 502 Abs. 1 ASVG nunmehr neu eingefügte Satz sieht vor, daß auch die Zeiten der Auswanderung im Sinne des

§ 502 Abs. 4 ASVG als Ersatzzeiten in der Pensionsversicherung gelten, sofern den Emigranten Versicherungszeiten vorangehen oder nachfolgen.

Die Begünstigungsbestimmungen erfüllen auch durch eine Erweiterung des § 502 Abs. 6 ASVG eine bedeutende Verbesserung. Diese sieht vor, daß die geltende Regelung des § 502 Abs. 4 ASVG, derzufolge für Zeiten der durch den Nationalsozialismus verursachten Auswanderung längstens bis zum 31. März 1959 bei Nachweis entsprechender Vorversicherungszeiten Beiträge nachentrichtet werden können, nunmehr auch dann anzuwenden ist, wenn der Emigration aus Gründen, auf die der einzelne keinen Einfluß hatte, keine Beitrags- oder Ersatzzeiten vorangegangen sind. Voraussetzung für die Inanspruchnahme dieser Verbesserung soll, so wie bei der durch die 41. Novelle zum ASVG erfolgten Erweiterung der Begünstigungsbestimmungen, der Wohnsitz des Betroffenen im Gebiet der Republik Österreich am 12. März 1938 sein und dazu noch die Erfüllung des 14. Lebensjahres zu diesem Zeitpunkt. Damit wird die Besserstellung, die im Zuge der 41. Novelle zum ASVG im Rahmen der begünstigten Erwerbung von Anwartschaften und Ansprüchen der Pensionsversicherung für die Fälle der Haft, Strafe, Anhaltung, Arbeitslosigkeit oder Ausbürgerung normiert wurde, und die, wie erwähnt, darin liegt, daß diese Zeiten als Versicherungszeiten ohne Rücksicht auf eine vorherige Zugehörigkeit zur österreichischen Pensionsversicherung anerkannt werden, auf die Zeiten der Auswanderung ausgedehnt.

Weiters werden nunmehr auch Zeiten des Besuches einer mittleren oder höheren Schule oder einer Hochschule im Ausland zwischen dem 4. 3. 1933 und dem 31. 3. 1959 wie im Inland zurückgelegte Schul- bzw. Studienzeiten berücksichtigt.

Schließlich wurde mit der 48. Novelle zum ASVG die Erweiterung der Möglichkeit der Beitragsnachentrichtung für Zeiten der Emigration ab dem 15. Lebensjahr des Betroffenen ohne Nachweis einer Vorversicherungszeit (§ 502 Abs. 6 ASVG) geschaffen. Seit 1. 1. 1990 steht diese Nachentrichtung allen jenen Emigranten offen, die – sofern sie am 12. 3. 1938 ihren Wohnsitz in Österreich hatten – zwischen dem 12. 3. 1939 und dem 9. 5. 1945 das 15. Lebensjahr vollendet haben (Jahrgang 1930 und älter).

Ich  Vranitzky

# Bruno Kreisky war einer von uns

**Am 29. Juli 1990 ist unser Genosse Dr. Bruno Kreisky im 80. Lebensjahr von uns gegangen. Ihm war es wahrlich nicht in die Wiege gelegt worden, daß er einmal die österreichische Sozialdemokratie zu den größten politischen Erfolgen ihrer Geschichte führen würde. Er war der erste sozialistische Bundeskanzler Österreichs, und er übte diese Funktion 13 Jahre hindurch aus. Genosse Kreisky war aber auch einer von uns: er war einer der Angeklagten im Sozialistenprozeß des Jahres 1936, in dem er eine mutige Rede gehalten hat, die zu den historischen Dokumenten sozialdemokratischer Bekenntnistreue gehört.**

Bruno Kreisky wurde am 22. Jänner 1911 in Wien als Sohn einer großbürgerlichen jüdischen Familie geboren, fand aber schon als Mittelschüler den Weg zur Sozialistischen Arbeiterjugend. Als Student der Rechte an der Wiener Universität wurde er Reichsbildungsobmann der SAJ. Nach dem Februar 1934 setzte er seine politische Arbeit in der Illegalität fort. Zu seinen Hauptaufgaben zählte die Verbreitung der in Brünn hergestellten „Arbeiter-Zeitung“. Bei einer Reichskonferenz der Sozialistischen Jugend in der letzten Dezember-Woche 1934 auf dem Lahnsattel wurde er als einer der Vertreter der illegalen Jugendbewegung für die „Brünner Reichskonferenz“ bestellt. Am 30. Jänner 1935 wurde Bruno Kreisky wegen Verdachts des Hochverrats verhaftet und mußte eine viermonatige Arreststrafe im Polizeigefangenenhaus absitzen. Am 30. Mai wurde er ins Landesgericht I überstellt, wo er bis zum Sozialistenprozeß im März 1936 inhaftiert blieb. Mit Kreisky waren angeklagt die Genossinnen und Genossen Franz Jonas, Marie Emhart, Elisabeth Zerner, Alfred Weissmann, Franz Rauscher, Josef Wacke, Karl Hans Sailer, Stefan Wirlander, Franz Honner, Theodor Grill, Roman Felleis, Karl Fischer, Hans Kratky, Josef Kratky, Otto Probst und Anton Proksch.

Der Prozeß begann am Montag, dem 16. März 1936, im Großen Schwurgerichtssaal des Grauen Hauses unter dem Vorsitz des gefürchteten Dr. Osio, der zwei Jahre vorher den jungen Sozialisten Josef Gerl zum Tod verurteilt hatte. Höhepunkt des ersten Verhandlungstages war die Rede von Bruno Kreisky, von der wir einen Auszug nebenstehend abdrucken. Am 24. März 1936 wurde das Urteil verkündet, und Bruno Kreisky erhielt wegen Hochverrats ein Jahr schweren Kerkers. Unter Anrechnung der bisherigen Untersuchungshaft wurde er am 3. Juni 1936 entlassen.

Bruno Kreisky, der als Jus-Student 1932 die rechtshistorische Staatsprüfung und 1934 die judizielle Staatsprüfung sowie das judizielle Rigorosum bestanden hatte, wurde nicht nur gerichtlich wegen Hochverrats verurteilt, sondern überdies noch auf die Dauer der Studienjahre 1935/36 und 1936/37 von Prüfungen, der Verleihung akademischer Grade und der Benützung von Hochschuleinrich-

tungen in ganz Österreich ausgeschlossen. Nachdem ein Ansuchen um Aufhebung der Regelung abgelehnt wurde, arbeitete Bruno Kreisky zwischen August 1936 und August 1937 bei der Gailtaler Schafwollwarenfabrik in Jadersdorf (Kärnten). Erst im Dezember 1937 durfte er die staatswissenschaftliche Staatsprüfung und das entsprechende Rigorosum ablegen. Am 14. März 1938 bestand er das Romanum und hatte dadurch alle Voraussetzungen für die Promotion zum Dr. jur. erbracht. Einen Tag nach seiner letzten Prüfung wurde Kreisky

wegen „staatsabträglichem Verhalten“ von der Gestapo in Schutzhaft genommen und am 8. August wieder freigelassen. Nun mußte er sich um Ausreisepapiere bemühen und erhielt am 2. September 1938 einen Paß. Über den Flughafen Berlin-Tempelhof gelangte Kreisky zunächst nach Kopenhagen und von dort nach Stockholm. In Schweden fand Bruno Kreisky seine Frau Vera, und dort kamen auch seine Kinder Peter und Susanne auf die Welt. Ein Freund hatte inzwischen für ihn die Promotionsurkunde der Wiener Universität in Empfang genommen.

Von Schweden aus organisierte Kreisky die Hilfsleistungen für Österreich. Er trat dann in den diplomatischen Dienst ein, wurde Mitarbeiter des damaligen Bundespräsidenten Körner, dann Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten – in dieser Funktion nahm er im April 1955 an den Moskauer Staatsvertragsverhandlungen teil – und Außenminister. 1967 wurde Dr. Bruno Kreisky

## Für die Freiheit der Idee

Kreisky: Ich habe schon gesagt, daß ich nach wie vor Sozialist bin. Weder die Taten der Regierung noch die aufmerksame Lektüre nichtsozialistischer und antimarxistischer Werke – wozu ich während meiner Haft ausgiebig Gelegenheit hatte – ließen mir eine andere Lösung als die des Sozialismus als möglich erscheinen. Ich halte weiterhin den Klassenkampf für das einzige Mittel der Befreiung der Arbeiterschaft. Man erzählt heute, daß in Österreich der Klassenkampf abgeschafft ist. Aber der von der Regierung eingesetzte Sekretär der Metallarbeitergewerkschaft, Dr. Tino Polla – übrigens charakteristisch, daß in Österreich der Vertreter der Metallarbeiter ein Doktor und kein Arbeiter ist –, dieser Dr. Polla schreibt selbst anlässlich des Konflikts bei den Fiat-Werken . . .

Vorsitzender: Das hat mit dem Prozeß gar nichts zu tun, das können Sie nicht sagen.

Kreisky (fortfahrend): Man hat die Arbeiter wehrlos gemacht, ihnen alles genommen und gibt ihnen dafür Versprechungen. Eine „echte Demokratie“ soll kommen, in der 50.000 Arbeiter dasselbe Recht haben wie 50 Unternehmer. Das hat man ihnen aber erst versprochen! Gegeben hat man ihnen eine Gewerkschaft, die keine ist, man gibt ihnen Vertrauensmänner, die kein Vertrauen haben, denn sie sind ernannt und nicht gewählt. Der Industriellenbund allerdings wählt sich die seinen! Und was Millionen in diesem Lande nur grollend ertragen, das heißt christlicher Ständestaat.

In der Anklageschrift wird uns vorgeworfen, daß wir den Klassenkampf mit revolutionären Mitteln führen wollen, also für die Revolution sind. Auch das zu leugnen, fällt mir nicht ein, nur ist es ganz und gar falsch, zu behaupten, eine Revolution könne nur Bürgerkrieg und blutige Gewalt bedeuten. Ferdinand Lassalle sagt in seiner Schrift „Die Wissenschaft und die Arbeiter“: „Revolution heißt Umwälzung, und eine Revolution ist somit stets eingetreten, wenn, gleichviel, ob mit oder ohne Gewalt – auf die Mittel kommt es dabei gar nicht an – ein neues Prinzip an die Stelle des bestehenden Zustandes gesetzt wird.“ Gewiß sagt Marx, daß die Gewalt die Geburtshelferin einer neuen Gesellschaft ist, aber er sagt auch: Die Idee wird Gewalt, wenn sie die Massen ergreift. Indem also unsere Idee immer größere Teile des Volkes für sich gewinnt, erlangen wir die Mehrheit und dadurch die Macht. Wir haben jedoch in unserem Lande nicht die Möglichkeit, unsere Ideen zu vertreten – ihre Bekenner wandern in den Kerker.

Man gebe uns das, was die Arbeiter-schaft Englands, Frankreichs und anderer Länder als selbstverständliches Recht hat: die Freiheit der Idee – und es wird keine illegale sozialistische Bewegung geben!

Überdies kann man an Hunderten Beispielen nachweisen, daß die blutige Gewalt von der anderen Seite kommt.

Nicht wir waren es, die den freigewähl-

(Fortsetzung auf Seite 5)



als Nachfolger von Dr. Bruno Pittermann zum Vorsitzenden der SPÖ gewählt. 1970 errang die SPÖ bei der Nationalratswahl die relative Mehrheit, Bruno Kreisky bildete eine sozialistische Minderheitsregierung, 1971 erhielt die SPÖ die absolute Mehrheit an Stimmen und Mandaten, bei den Nationalratswahlen 1975 und 1979 baute sie ihre Stellung weiter aus. 1983 trat Dr. Kreisky als Bundeskanzler zurück, in der Folge als Parteivorsitzender. Den Ehrenvorsitz in der SPÖ legte er im Jänner 1987 aus Protest gegen die Überlassung des Außenministeriums an die ÖVP zurück.

(Fortsetzung von Seite 4)

ten Bürgermeister von Wien aus dem Rathaus fortgeschleppt haben.

Vorsitzender (unterbrechend): Das gehört nicht hierher, das lasse ich nicht zu.

Kreisky (fortfahrend): Gewiß wünschen wir als Sozialisten, daß sich die kommende Entwicklung auf dem Boden der Humanität vollziehe. Aber die Ereignisse sind vielfach davon abhängig, wie stark die Rachegefühle nach den erlittenen Qualen sind.

Darüber aber entscheiden nicht wir, darüber entscheiden die augenblicklich Herrschenden – sie haben es also in der Hand!

Wir sind gegen jeden Putsch und jeden Terror, vor allem deshalb, weil wir nicht töricht sind, uns mit unserem Gegner auf einem Felde, auf dem er uns ungeheuer überlegen ist, zu messen. Einen Staat, der jährlich viele Hunderte Millionen für seine Exekutive ausgibt, den kann man nicht mit Krampen und Schaufeln besiegen.

Unser Land ist klein und vom Ausland abhängig; wie sehr es das ist, beweisen die ständigen Bemühungen um Garantierung unserer Unabhängigkeit durch die Großmächte. Es ist durchaus denkbar, daß unter dem Einfluß von Linksregierungen in den für Österreich wichtigen Staaten diese Mächte erklären, daß sie nur dann bereit wären, die österreichische Unabhängigkeit zu garantieren oder Österreich in seinen chronischen Finanznöten beizustehen, wenn in Österreich ein System herrscht, das die Zustimmung des österreichischen Volkes hat. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich die Bauern mit den Arbeitern für die Wiederherstellung der Freiheitsrechte zusammenschließen; die Rückkehr der Demokratie muß nicht eine Folge blutiger Kämpfe sein. Es ist auch möglich, daß die Regierung in einem ernstesten Moment die breiten Massen des Landes zur Verteidigung der Grenzen aufrufen muß.

Aber nur ein demokratisches Österreich wird dieses Volksaufgebot zustande bringen. Nur freie Bürger werden gegen Knebelung kämpfen.



Bruno Kreisky (hier auf einer Aufnahme aus dem Jahr 1986 mit Rosa Jochmann und Josef Hindels) war auch Träger von Auszeichnungen der Sozialistischen Freiheitskämpfer (Foto: Haslinger)

Denken Sie an die heldenhaften Februartkämpfer – so wird fast ein ganzes Volk leidenschaftlich seine Freiheit verteidigen! Ich erinnere daran, daß, als vor einigen Jahren Mussolini gedroht hat, die Trikolore über den Brenner zu tragen, die Arbeiterschaft sich auf Ersuchen der Regierung bereit erklärt hat, das Land zu verteidigen. (Der Vorsitzende läßt Kreisky nicht weiterreden – über Mussolini darf man in Österreich nicht die Wahrheit sagen!)

Daß man uns jetzt einen Hochverratsprozeß macht, beweist dagegen gar nichts.

Es hat in Österreich schon früher Hochverratsprozesse gegeben. Damals war unsere Partei ebenso verfehmt und verfolgt wie heute. Immer wieder stand Viktor Adler vor Gericht, viele Monate war er in Haft. Und doch – als die große Monarchie zusammenbrach, hat man ihn zum Kaiser gerufen, damit er helfe. Zum Dank hat man jetzt freilich gleich nach dem Februar sein Denkmal geschleift . . .

(Auszug aus der Rede von Bruno Kreisky beim Sozialistenprozeß am 16. März 1936 im Wiener Landesgericht.)

## Bundeshauptversammlung

des Bundes Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus

am 17. und 18. November 1990

im Haus der Begegnung, Wien 21, Angerer Straße 14  
Beginn: 10 Uhr

Anträge an die Bundeshauptversammlung sind bis **10. Oktober 1990**  
an das Sekretariat, Wien 1, Löwelstraße 18, zu schicken.



## Johanna Dohnal am Grab von Käthe Leichter:

# „Solche Menschen brauchen wir heute“

**Am 25. August, fünf Tage nach dem Geburtstag von Käthe Leichter, hatte sich eine Gruppe von Sozialistischen Freiheitskämpfern im Wiener Krematorium eingefunden, um am Grab dieser 1942 im Konzentrationslager Ravensbrück ermordeten Sozialistin eine Urne mit Erde aus Ravensbrück zu enthüllen. Die Frauenvorsitzende der SPÖ, Staatssekretärin Johanna Dohnal, nahm gemeinsam mit Leo Mistingering die Enthüllung der Urne vor.**

Wenn man heute die Aufsätze und Artikel liest, mit denen Käthe Leichter für die Mitbestimmung der Arbeiter in den Betrieben gekämpft hat, wenn man liest, wie klar und deutlich und einfach verständlich sie die Lage der Frauen, die Frauenbewegung und ganz besonders die Arbeiterinnen analysierte und darstellte, kommt mir immer wieder der Gedanke, genau solche Menschen sind es, die wir auch heute brauchen, sagte Johanna Dohnal in einer Ansprache vor der Grabstelle von Käthe Leichter. Genau solche Menschen brauchen wir heute in der Arbeiterkammer, in den Gewerkschaften und in der Partei. Wir haben dafür zu sorgen, daß diese mühsam erkämpften Instrumente für die in den Betrieben arbeitenden Menschen nicht zerschlagen werden. Und wir haben uns schleunigst und eindringlich von all jenen zu verabschieden, die genau diese Gefahr heraufbeschworen haben, betonte Dohnal.

Käthe Leichter wurde der „Linken“ in der Sozialdemokratischen Partei zugeordnet, und dieses Etikett war schon damals von der Mehrheit nicht als Empfehlung gemeint, sagte Genossin Dohnal weiter. Aber sie ist, ohne auf persönliche Vorurteile Bedacht zu nehmen, diesen von

ihr als richtig erkannten Weg gegangen. Bis zu ihrem bitteren Ende im Februar 1942, als sie aus dem Konzentrationslager Ravensbrück zur Vernichtung abtransportiert wurde. Zur Vernichtung, an die dieser durch und durch optimistische Mensch vorher nicht geglaubt hat.

### Rosa Jochmann war bei ihr

Viel zu selten wird dieser Frau, die die politische und geistige Entwicklung der österreichischen Arbeiterbewegung so maßgeblich beeinflusste, gedacht. Es ist, sagte Dohnal, in der heutigen Sozialistischen Partei vor allem das Verdienst der Freiheitskämpfer und der sozialistischen Frauen, daß Käthe Leichter in unserer Bewegung nicht in Vergessenheit gerät.

Rosa Jochmann war bei ihr. Andere, die wir noch gekannt haben, auch. Rosa Jochmann war und ist es auch, von der wir über den Menschen, die Gattin und Mutter Käthe Leichter viel mehr erfahren haben als in den Büchern steht, weil sie in der schwersten Zeit, für die meisten von uns unvorstellbaren Zeit, mit ihr zusammen war, sagte Johanna Dohnal.

### Ständige Ermahnung

Viele Gedanken kommen auf bei der Beschäftigung mit Käthe Leichter. Wir erkennen Zustände hier und heute, die zerstören könnten, wofür andere ermordet wurden. Aber dieses Erkennen muß uns gleichzeitig die Kraft geben, es nicht geschehen zu lassen, betonte Dohnal.

Wir stehen vor einer Urne, die mit Erde gefüllt ist. Diese Erde ist vermisch mit dem Staub von Menschen, die wie Käthe Leichter vernichtet wurden. Nehmen wir diese Erde als ständige Ermahnung, um nicht zu vergessen, was wir als Sozialisten zu tun haben, schloß Johanna Dohnal.

Das Gedenken an Käthe Leichter war mit einer Gedichtrezitation des Genossen Kurt Schmidt eingeleitet worden, nach der Rede der Genossin Dohnal wurde die Urnenenthüllung vorgenommen. Genosse Leo Mistingering schloß das Gedenken.

Die Anwesenden besuchten anschließend noch die Gräber von Josef Hindels, Helene Potetz und Rudolfine Muhr.

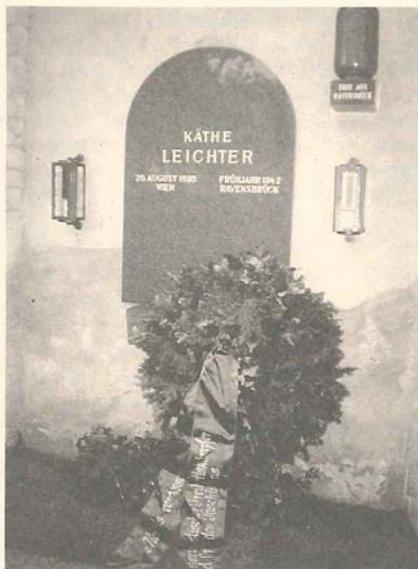


Enthüllung der Urne mit Erde aus Ravensbrück durch Johanna Dohnal und Leo Mistingering

## 70 Jahre Kärntner Volksabstimmung: Symposium

Kärnten begeht am 10. Oktober 1990 einen besonderen „Bedenktag“. Vor 70 Jahren fiel durch eine Volksabstimmung in Südkärnten die Entscheidung über den weiteren Verbleib dieses Landesteiles bei Österreich. Die Universität für Bildungswissenschaften in Klagenfurt veranstaltet aus diesem Anlaß vom 5. bis 10. Oktober 1990 ein Symposium unter dem Titel „Alte Nationalismen – neues Europa“. Die Tagung wird von der Arbeitsgemeinschaft „Volksgruppenfrage“ an der Universität für Bildungswissenschaften in Zusammenarbeit mit der Abteilung für Menschenrechte des Europarates, dem Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, der Studienrichtungsververtretung Bildungswissenschaften der UBW Klagenfurt, des UNIKUM sowie den Partneruniversitäten Ljubljana, Maribor, Triest und Udine organisiert.

Nähere Auskünfte über das Symposium bei Univ.-Doz. Dr. Wolfgang Holzinger für die Arbeitsgemeinschaft „Volksgruppenfrage“, 9010 Klagenfurt, Universitätsstraße 65-67, Telefon (0 46 3) 5317-100.



Die Grabstelle von Käthe Leichter im Wiener Krematorium mit der Urne mit Erde aus Ravensbrück

(Fotos: Hans Waschek)



## Die Sehnsucht nach demokratischem Sozialismus wird bleiben

## Neue politische Bücher

Zum Artikel „Ohne Selbstverständnis kein Selbstbewußtsein“ in der Nr. 5/6 „Der sozialistische Kämpfer“ möchte ich mit den nachfolgenden Zeilen Stellung nehmen.

Angesichts der weltgeschichtlichen Ereignisse in Osteuropa und der sich abzeichnenden Veränderungen in der Sowjetunion wird wieder einmal der Sozialismus, so wie 1914 nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges und 1933 nach der Machtergreifung Hitlers in Deutschland, von den Konservativen aller Schattierungen für tot erklärt. Aber trotz aller Prophezeiungen, daß auch der demokratische Sozialismus gescheitert sei, kann überzeugend bewiesen werden, daß es sich beim Sowjetkommunismus genausowenig um einen Sozialismus handelt wie beim Nationalsozialismus Hitlers.

Sicher bedeutet das Scheitern des „realen Sozialismus“ oder des „Sozialismus in einem Lande“ in der Sowjetunion und dem Ostblock auch für den demokratischen Sozialismus eine verlorene Schlacht, aber nicht einen verlorenen Krieg. Schon nach der russischen Oktoberrevolution 1917 gab es warnende Stimmen, nicht nur von den europäischen demokratischen Sozialisten, sondern auch von den russischen Menschewiken. In Europa kam es zur Spaltung der Arbeiterklasse in sozialdemokratische und kommunistische Parteien. Für die Kommunisten galten die Sozialdemokraten als „Sozialfaschisten“ und als der Feind Nummer Eins. Begründet wurde die Ablehnung der bolschewistischen Diktatur mit dem Hinweis, daß in Rußland nicht nur alle Voraussetzungen für das Gelingen dieses Experiments fehlten, sondern daß es keinen Sozialismus ohne Freiheit und Demokratie geben könne.

Es ist aber eine nicht zu leugnende Tatsache, daß nach der Oktoberrevolution für dutzende Millionen Menschen der Kommunismus Glaube und Hoffnung war. Eine Ersatzreligion, für die sie bereit waren, ihr Leben zu opfern. Und weil die Menschen nicht von den Erkenntnissen großer Geister lernen, sondern aus eigenen Erfahrungen, wird das Scheitern des sowjetischen Kommunismus einen Umdenkprozeß herbeiführen.

Karl Marx wies immer wieder darauf hin, daß der Sozialismus die Welt verändern werde.

Die Welt wurde durch ihn verändert, in vielen Ländern zum Wohle der breiten Masse. Die Menschen blieben aber, wie sie waren.

Der Denkprozeß, gehemmt von Vorurteilen und Gefühlen, ist langsamer als der gesellschaftliche Entwicklungsprozeß.

Das wird sich ändern, und der demokratische Sozialismus wird sich als die große Sehnsucht der Menschheit weiterentwickeln. Er ist die einzige Alternative auch zu der westlichen Gesellschaft, die die ganze Menschheit in den Abgrund zu ziehen droht. Denken wir an die Umweltzerstörung, die Umweltverschmutzung, die Luftverschmutzung, die Verunreinigung unserer Flüsse, Seen und Meere, die Drogensucht oder die Not und das Elend in der Dritten Welt.

Der deutsche Bundespräsident Weizsäcker hat im Februar 1990 über die Ereignisse im Osten unter anderem erklärt: „Der Sozialismus habe zur Zeit zwar keine Konjunktur, aber, ob er seine Funktion als Pendant zum Kapitalismus definitiv beendet hat, bleibt abzuwarten.“

Wir sollten sozialistische Grundsätze hoch halten. Wirkliche sozialistische Politik kann aber nichts anderes sein als eine Politik, die sich ihres grundsätzlichen Gegensatzes zur bürgerlich kapitalistischen Politik stets bewußt ist.

Wir müssen uns gegen jene wenden, für die es in der modernen Gesellschaft keine Klassen, keine Macht- und Profitinteressen und keinen Klassenkampf gibt.

Fritz Robak

Am 1. August 1900 geboren, fühlte sich Karl Mark seit der Ermordung von Franz Schuhmeier im Februar 1913 der Arbeiterbewegung zugehörig. Damals hatte ein Mitschüler den ermordeten Schuhmeier abfällig einen „roten Hund“ genannt. Karl Mark darüber in seinen Erinnerungen: „Daß man über einen Menschen so sprechen konnte, traf mich so, daß ich die zwei Stunden bis zur 10-Uhr-Pause nur darüber nachdachte, was ich tun sollte. Um 10 Uhr wußte ich es. Stolz verkündete ich: ‚Von heute an bin ich auch ein roter Hund.‘“ Genosse Karl Mark erlebte alle Höhen und Tiefen der österreichischen Arbeiterbewegung, vom 11. April 1945 an arbeitete er als wahrscheinlich erster öffentlicher Funktionär in Österreich als „Bürgermeister“ in Döbling, später dann als Abgeordneter zum Nationalrat bis zur Erreichung der Altersgrenze mit. Seine Lebenserinnerungen hat Genosse Karl Mark in dem Buch **„75 Jahre Roter Hund“ (Böhlau Verlag, Wien 1990, 224 Seiten mit 24 Abbildungen, 476 Schilling)** der Öffentlichkeit vorgelegt. Eine Pflichtlektüre für alle an Geschichte interessierten Leser. Der „Sozialistische Kämpfer“ gratuliert dem Autor zum Buch und nachträglich noch zum runden Geburtstag.

## Josef Gerl: Bis zum Tod Sozialist

Waren es bisher konservative Politiker und Historiker, die den sozialistischen Widerstandskämpfer und Märtyrer seiner Idee Josef Gerl zum Nationalsozialisten zu stempeln versuchten, so hat nun auch ein „linker“ Historiker, namens Hans Schafranek, sich diesen Rufmordversuchen angeschlossen. Schafraneks Artikel zielt allgemein darauf ab, eine Zusammenarbeit von illegalen Sozialisten und Nationalsozialisten und eine besondere Anfälligkeit der Sozialisten für den Nationalsozialismus in der Zeit 1934 bis 1938 nachzuweisen, wobei seine Vorgangsweise durch eine Einseitigkeit sondergleichen und durch methodische Unzulänglichkeit geprägt ist. So wird z. B. als „Quelle“ für eine völlig unglaubwürdige, aus den Fingern gesogene Zusammenarbeit von Jungsozialisten und Nazis angeführt: „mündlicher Bericht N.N.“! Aus Platzgründen kann an dieser Stelle darauf im Detail ebensowenig eingegangen werden wie auf die Frage, welchen politischen oder sonstigen Motiven eine solche Diffamierung der Revolutionären Sozialisten entspringt.

Die für alle seine Mitkämpfer/innen schmerzliche Verunglimpfung Josef Gerls kann jedoch nicht unwidersprochen bleiben. Das In-die-Nähe-Rücken Gerls zum Nationalsozialismus ist um so

unverständlicher und unverzeihlicher, als Wolfgang Neugebauer in einer ausführlichen Arbeit über das Standgerichtsverfahren gegen Josef Gerl (in: Karl R. Stadler, Sozialistenprozesse, Wien 1986) diese Vorwürfe von konservativer Seite überzeugend widerlegt hat. Genosse Neugebauer hat nachgewiesen, daß Gerl, der übrigens wegen Mißhandlung von Nationalsozialisten 1932 gerichtlich verurteilt worden war, ein überzeugter, aktivistischer und radikaler Sozialist war, der bei seinem Sprengstoffanschlag auf die Donauuferbahn im Juli 1934 von einem klaren politischen Kalkül geleitet war. Der Vorsitzende des Standgerichtes, das Josef Gerl zum Tode verurteilte, stellte hinsichtlich der politischen Zielsetzung der Tat Gerls fest, „daß er dadurch eine Aussöhnung zwischen Regierung und Nationalsozialisten verhindern wollte, da das von ihm ausgeführte Attentat ebenfalls den Nationalsozialisten zugeschrieben werden würde.“ Zur Unterstreichung dieser Motive – es gab damals mehrfach Verhandlungen zwischen Regierungskreisen und der illegalen NS-Bewegung – erklärte Gerl in diesem Zusammenhang: „Die Nationalsozialisten sind mir sympa-

(Fortsetzung auf Seite 8)



DVR:0029106(386) 0908677  
FAM.

SCHWANTNER  
DARINGERG.14/25/6  
1190

Erscheinungsort Wien  
Verlagspostamt Wien 1010

**P. b. b.**

**Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden  
an den Absender**

(Fortsetzung von Seite 7)

thischer als die Regierung . . . Ich sympathisiere schon mit den Nationalsozialisten.“ Aus Gerls gesamten Verhalten, insbesondere aus Bekundungen seiner Mitkämpfer sowie aus seinen Abschiedsbriefen, geht Gerls ungebrochene sozialistische Einstellung hervor. „ . . . wenn wir wirklich sterben müssen“, schrieb er seinem im letzten Augenblick begnadigten Mitkämpfer Rudolf Anzböck, „so wissen wir, für was; es ist doch für unsere heilige Sache des Sozialismus.“ Die politische Haltung Gerls wird auch durch die Aussage des Bundeskanzlers Dr. Engelbert Dollfuß bestätigt, der – wenige Stunden vor seiner Ermordung durch NS-Putschisten – zu seinem vergeblich um Begnadigung bittenden Freund Dr. Ernst Karl Winter sagte: „Wir können Gott danken, daß es ein Roter und kein Nazi war, gegen den wir das neue Gesetz zuerst anwenden mußten.“ Auch die Nationalsozialisten, die aus ihren hingerichteten Terroristen und Putschisten Märtyrer machten, haben Josef Gerl nicht für sich reklamiert. Josef Gerl kann sich gegen die Infragestellung seiner Gesinnung nicht mehr zur Wehr setzen; für seine noch lebenden Mitkämpfer ist es jedoch eine unerträgliche Provokation. Wenn Hans Schafranek in diesem Zusammenhang Josef Hindels, der eine eindrucksvolle Arbeit über Gerl verfaßt hat, der „Geschichtsfälschung“ bezichtigt, so fällt dieser unbegründet und leichtfertig gemachte Vorwurf mit voller Wucht auf ihn zurück.

### „Wir sind wichtig!“

Unter dem Titel „Wir sind wichtig – Gespräche zu Seniorenfragen“ ist im Linzer Z&K-Verlag ein von Hans Waschek herausgegebenes Buch erschienen, das eine Auswahl von Interviews enthält, die der Herausgeber in den letzten Jahren in der Zeitschrift „Rentner und Pensionist“ veröffentlicht hat. Auf 176 Seiten werden Interviews mit Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky, Sozial-

minister Dr. Walter Geppert, Staatssekretärin Johanna Dohnal, ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch, Arbeiterkammer-Präsident Mag. Heinz Vogler, Alt-Bundespräsident Dr. Rudolf Kirchschläger und anderen Persönlichkeiten wiedergegeben. Das reich illustrierte und gut leserliche Buch enthält ein Vorwort von Verbandspräsident Bundesminister a. D. Otto Rösch und eine Einleitung von Hans Waschek.

Das Buch „Wir sind wichtig!“ kostet 149 Schilling, bei Abnahme von 20 Stück 105 Schilling (Bestellungen bei der SPÖ-Buchhandlung, Wien 1, Löwelstraße 18).

QUALITÄT  
DES DENKENS.  
QUALITÄT  
DES HANDELNS.  
= SPÖ 

### Leopoldstadt

**Leopold Sofka †.** Am 12. August 1990 ist unser Genosse Lepold Sofka im 86. Lebensjahr gestorben. Er war Mitglied der Sozialdemokratischen Partei seit 1923, in den Jahren 1928 bis 1934 Sprengelkassier und im VAFÖ als Sportfunktionär tätig. 1934 bis 1939 arbeitete er illegal für die Rote Hilfe. 1947 kehrte er aus russischer Kriegsgefangenschaft zurück und arbeitete sofort wieder in der Sektion 15 der SPÖ-Bezirksorganisation Leopoldstadt als Sprengelleiter mit. Er war auch Obmann-Stellvertreter der Kinderfreunde Leopoldstadt und, von 1948 bis 1966, Betriebsratsobmann. Wir werden Genossen Leopold Sofka niemals vergessen.

Die Gruppe „Zivildienstler für Zivildienstler“ veranstaltet am **11. Oktober 1990 im WUK** (Wien 9, Währinger Straße 59) ab 19 Uhr ein Solidaritätsfest. Der Reinerlös der Veranstaltung kommt bestraften Zivildienstlern zugute.

Gruppe „Zivildienstler für Zivildienstler“, Wien 1, Schottengasse 3A/1/4/59, Telefon 53 59 109.

### Döbling

**Auschwitz-Fahrt.** Am 27. Jänner 1945, also vor mehr als 45 Jahren, wurde das Konzentrationslager Auschwitz (Oświęcim) von Truppen der Roten Armee befreit. Aus diesem Anlaß fand vom 23. bis 27. 5. 1990 eine Gedenkfahrt in dieses größte NS-Vernichtungslager statt. Etwa 20 Genossinnen und Genossen der Bezirksgruppe Döbling unseres Bundes nahmen an dieser Fahrt teil. Die Besichtigung der beiden Lager – Stammlager Auschwitz und Lager



Auschwitz-Birkenau – war sicherlich für alle Teilnehmer ein tiefgreifendes Ereignis. Die Führungen durch die noch vorhandenen Einrichtungen der beiden Lager und die einzelnen Gedenkstätten ließen die furchtbaren Ereignisse dieser Jahre erahnen. Nach einem Gedenkmarsch wurde am Mahnmahl im Lager Auschwitz-Birkenau ein Kranz der Döblingler Freiheitskämpfer niedergelegt. Mit einer kurzen Gedenkansprache des Genossen Schwantner endete die Gedenkfahrt in die beiden Lager.

### An unsere Leser!

Redaktionsschluß für die Nummer 9/10 ist der 30. September 1990.

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-0. Hersteller: Bohmann Druck und Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG., 1110 Wien.